

SED-Manöver um die Wiedervereinigung

Verbot der KPD ist dafür ein untaugliches Argument

Vor knapp einem Jahr haben wir an dieser Stelle vorausgesagt, die SED werde 1956 die erste ihr sich bietende Gelegenheit nutzen, um eine Wiedervereinigung als „vorerst unmöglich“ zu erklären. Mit dem Verbot der KPD ist dieses Ereignis eingetreten. Die SED benutzt dieses Verbot, das sie durch ihre Westdeutschland-Politik selbst von langer Hand provozierte, als Argument und erklärt, ohne die KPD könne es weder Verhandlungen über die Wiedervereinigung noch freie Wahlen geben. Die Bundesregierung ist diesem SED-Manöver mit einem klaren Memorandum begegnet, das sie in der vergangenen Woche durch den deutschen Botschafter in Moskau überreichen ließ.

Die Haltung der SED zur Frage der Wiedervereinigung ist dem Kenner kommunistischer Deutschlandpolitik seit langem kein Rätsel mehr. Die Wiedervereinigung wäre für die SED selbst unter günstigsten Voraussetzungen ein unannehmbarer Macht- und Prestigeverlust.

Die Partei ist sich ihrer Sache selbst so wenig sicher, daß sie bei den periodischen „Wahlen“ in der Sowjetzone eine Einheitsliste ausschreiben läßt, weil sie ihre Unterlegenheit sogar gegenüber den Satelliten-Parteien erkennt. Echte freie Wahlen aber — im gesamtdeutschen Maßstab — wären für die Kommunisten mit einer Selbstaufgabe gleichbedeutend.

Rückzug zu Jahresbeginn

Wer sich der vergangenen Monate entsinnt, weiß, welche Hoffnungen viele Deutschen um die Jahreswende 1955/56 bewegten. Zu dieser Zeit gab es einige Ansatzpunkte, und die Menschen waren optimistischer als je zuvor. Da spielte die SED ihren ersten demagogischen Trumpf aus. Eine Wiedervereinigung, so erklärte Ulbricht, sei nur möglich, wenn die Bundesrepublik die sowjetzonalen „Errungenschaften“ anerkenne und ihren Bestand garantiere. Und als einige Optimisten daraufhin für eine Diskussion sogar über diesen Punkt plädierten, erhärtete

Ulbricht seinen Standpunkt: Es gelte nicht nur, die sowjetzonalen „Errungenschaften“ zu akzeptieren, sondern sie müßten vor einer Wiedervereinigung erst von der Bundesrepublik übernommen werden! Mit anderen Worten: Erst wenn die Bundesrepublik ein pseudo-sozialistisches Staatswesen wie die „DDR“ geworden ist, ließe sich die schrittweise Zusammenführung beider Teile Deutschlands ermöglichen.

In dieser Situation gab es mit der SED keine Diskussionsbasis mehr. Und es wäre die Aufgabe der Sowjets gewesen, sich zu Wiedervereinigungsgesprächen bereit zu erklären. Moskau aber unterstützte Ulbricht, indem es die Pankower Regierung für einzig zuständig erklärte.

Dieser Zustand hatte einen Nachteil: Die SED hatte sich vor der Weltöffentlichkeit eindeutig ins Unrecht gesetzt. Ihr Ausweichmanöver war zu durchsichtig, die Sache mit den „Errungenschaften“ zu anrüchig selbst im eigenen Machtbereich. Waren doch diese „Errungenschaften“ so wenig populär, daß es darum einen Volksaufstand, eine Millionen-Fluchtbewegung und eine ständig brodelnde politische Hochspannung gegeben hat. Hier kam der SED das KPD-Verbot nicht ungelogen. Jetzt glaubte sie, das Argument zu haben. Die Wiederver-

einigung wurde unmittelbar mit der Weiterexistenz der KPD verknüpft. Eine verlogene Berichterstattung nach Moskau bewirkte das demonstrative Sympathiebekenntnis der Kommunistischen Partei der Sowjetunion: Keine Wiedervereinigung ohne die KPD!

Auf Dummenfang

Mit dieser KPD-SU-Erklärung geht nun die SED auf Dummenfang. Dabei weiß jedermann, daß die Existenz kommunistischer Parteien in anderen Ländern noch niemals der gültige Maßstab für die Beziehungen der UdSSR zu diesen Ländern waren. Stalin paktierte mit Hitler, als die deutsche KP in den KZ-Lagern saß. Und er lieferte sogar die restlichen noch an die Gestapo aus, als es ihm ratsam erschien. In Ägypten sind die Kommunisten illegal, und trotzdem konzentriert sich die sowjetische Außenpolitik in dieser Stunde auf ein Liebeswerben um den Antikommunisten Nasser.

Jetzt steht das deutsche Memorandum als Gesprächsofferte an Moskau zur Diskussion. Ulbricht wird es schwerlich gelingen, diese Note zu bagatellisieren oder ihr mit den alten, untauglichen Argumenten zu begegnen. Es liegt nun an den Sowjets, dieses Gespräch zu ermöglichen und den demagogischen Plänkeleien der SED zur Frage der Wiedervereinigung einen harten Standpunkt entgegenzusetzen. Die SED jedoch hat sich in dieser Situation selbst der Verhandlungsfähigkeit beraubt. Ihr Standpunkt zur Wiedervereinigung hat bewiesen, daß man über diese entscheidende deutsche Frage nicht mit Ulbricht oder einem seiner Mitregierenden diskutieren kann.

Die Stunde der Opposition

DT. Die deutsche Note an die sowjetische Regierung hat in Paris, London und Washington freundliche Zustimmung und in Moskau bereits kühle Ablehnung gefunden. Das war zu erwarten. Die Zweiteilung der Mächte in der Deutschlandfrage dauert nämlich an, und die Bonner Note hatte nicht das Ziel, sie zu überwinden. Eine Note, die das heute vermöchte, ist undenkbar. Die diplomatischen Fronten verlaufen also noch ungefähr in den politischen Stellungen, die zuletzt auf der Genfer Konferenz vom Oktober/November 1955 bezogen worden sind. Der französische Außenminister Pineau stellte damals fest, daß die sowjetischen Vorschläge von Deutschland nur sprächen, um seine Wiedervereinigung praktisch auszuschließen; sie legalisierten die jetzige Spaltung des Landes, um sie zu verewigen.

Diesen Verdacht hat das Verhalten Molotows leider bestätigt. In dem gleichen Maße nämlich, wie sich in Genf Annäherungen in der Sicherheitsfrage ergaben, die zur Erleichterung der Wiedervereinigung dienen konnten, stellte Molotow neue Hindernisse in den Weg. Er erfand plötzlich die „Realität zweier deutscher Staaten“, die miteinander verhandeln müßten, und die „sozialistischen Errungenschaften“, die in einem wiedervereinten Deutschland nicht untergehen dürften. Das Verbot der KPD wurde inzwischen als weiteres Hindernis in das sowjetische Befestigungswerk des Status quo eingebaut. Das alles diente dem Zweck, die Unlust Moskaus zur Wiedervereinigung Deutschlands mit Scheingründen zu untermauern oder die Zustimmung zu ihr so teuer wie möglich zu verkaufen.

Vom Sinn der deutschen Note

Das ist die sehr schwierige Lage, in der sich die Bundesregierung zum erstenmal unmittelbar an Moskau gewandt hat, um mit der sowjetischen Regierung über das Problem

der Wiedervereinigung ins Gespräch zu kommen. Es ist zur guten Verständigung der Deutschen untereinander wichtig, daß wir das Ziel und die unvermeidlichen Grenzen des deutschen Schrittes richtig einschätzen. Nichts in der Note ist starr, nichts ein „letztes Wort“, alles ist vielmehr dem erstrebten Gespräch, den späteren Verhandlungen und weiterer Entwicklung zugänglich. Ausgeschlossen ist als sinnwidrige und die Lösung des Problems erschwerende Zumutung nur die Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten. Unmöglich ist auch ein Verzicht auf die klärende, einigende und zugleich befreiende Schöpfung Gesamtdeutschlands durch den souveränen Akt freier Wahlen. Innerhalb weit gezogener Grenzen und elastisch formulierter Möglichkeiten entwirft die Bonner Note also die Grundlage eines Gedankenaustausches, der nicht nur in formellen Noten, sondern auch auf dem Wege persönlichen Kontaktes mit Moskau geführt werden soll.

Hier ist der Punkt, an dem es notwendig ist, sich an die deutsche Opposition zu wenden. Schon früher haben wir an dieser Stelle auf die innenpolitische Bedeutung des deutschen Schrittes hingewiesen, die wir darin sehen, daß eine neue Chance gegeben und zu nutzen ist, um in der Frage der Wiedervereinigung zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition zu gelangen. Es bedarf keines Hinweises, wie ungewöhnlich wichtig es für die weitere Entwicklung ist, daß im Gespräch mit Moskau und den anderen Mächten nur eine deutsche Meinung zur Geltung kommt.

Warum

keine neuen Vorschläge?

Die erste sozialdemokratische Stellungnahme zu der Note war nicht unfreundlich. Natürlich wurde dieses kritisiert und jenes vermifft. Dagegen ist nichts einzuwenden. Der Vorwurf, daß etwas fehle, nämlich ein neuer deutscher Vorschlag zur Lösung des Problems, braucht nicht der Billigung dessen im Wege zu stehen, was die Note tatsächlich enthält. Diese Billigung sollte um so leichter sein, als sich die

Note ja keineswegs neuen Möglichkeiten verschließt, sondern sie hier und da sogar andeutet. Es kommt darauf an, daß die Opposition das deutsche Dokument als eine Grundlage für klärende deutsch-sowjetische Gespräche bejaht und kommenden Vermächteverhandlungen einen gewissen Spielraum läßt.

Wir halten im übrigen den Vorwurf, daß die Bundesregierung keine neuen Vorschläge unterbreitet habe, für unbegründet. Er entspringt einer verständlichen, aber gefährlichen Ungeduld, die vielleicht aus mangelnder Erfahrung in internationalen Verhandlungen zu erklären ist. Wenn nämlich in dem verwickelten Knäuel der Diplomatie um die Deutschlandfrage eins einfach und sicher ist, dann ist es die Tatsache, daß wir heute nicht aus Sichtsvoll im Stadium eines öffentlichen „Plänemachens“ stehen. Es ist ja gerade der Sinn der deutschen Initiative, Gespräche anzuregen, die dieses Stadium vorbereiten sollen. Die Barrieren und Barrikaden, mit denen Moskau heute den Status quo der Spaltung Deutschlands verschantzt, sind Barrikaden schlechten Willens und Barrieren machtpolitischer Spekulation, die nicht einfach mit einem neuen Vorschlag niedergelegt werden können. Wir müssen zunächst einmal die Verhandlungssituation und die Atmosphäre schaffen, aus der neue Vorschläge überhaupt hervorgehen können.

Selbst wenn wir in dieser Weise verfahren, dann müssen wir wissen, daß in den entscheidenden Verhandlungen um die Wiedervereinigung, die einmal kommen werden, mit äußerster Hartnäckigkeit um jede einzelne Position und um den Preis des Ganzen gerungen werden wird. Wer anders denkt und mit billigen Lösungen rechnet, der denkt in einer Illusion. In einer noch größeren Iblus der, der es für taktisch richtig hält, durch einen deutschen Vorschlag keine Lösungen anzubieten, die vielleicht als letzte Möglichkeit an der äußersten Grenze der Verhandlungen liegen. Es ist eine alte kaufmännische Erfahrung, die auch in der Diplomatie gilt, daß man

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Gerda Rösch in Freiheit

Neun Jahre in Kerkern — Motive unbekannt

Berlin (Eigenbericht). Nach neunzehnjähriger Haft in sowjetischen Zuchthäusern ist am 5. September die jetzt 31-jährige Studentin Gerda Rösch, die am 8. März 1947 in Ostberlin von den Sowjets verhaftet wurde, aus dem Frauenzuchthaus Hoheneck entlassen worden und bei ihren in Charlottenburg wohnenden Eltern eingetroffen.

Völlig abgemagert und in einer unbeschreiblichen körperlichen und seelischen Verfassung kehrte das einst so blühende Mädchen wieder in die Freiheit zurück. Hinter ihr liegt die Leidenszeit einer durch die kommunistische Willkür verlorenen Jugend.

Am 8. März 1947 war der Studentin ein Besuch der in Ostberlin liegenden Kammerspiele zum Verhängnis geworden. Als sie ihren Mantel abgab, traten zwei Zivilisten auf sie zu und fragten mit fremdländisch klingendem Akzent das Mädchen nach seinem Namen. Dann mußte Gerda Rösch ihren Mantel von der Garderobe zurückholen und den beiden, die sich inzwischen als Geheimpolizisten ausgewiesen hatten, folgen,

Messebesucher — Proteste in Leipzig

Gegen politische Propaganda und Pappkarikaturen

Leipzig (DPA). Gegen die Diffamierung von Regierungsmitgliedern der Bundesrepublik durch Karikaturen und Transparente in Leipzig haben sich in der Messestadt mehrere Besucher und Aussteller aus der Bundesrepublik gewandt. Auf einem Ausspracheabend über Fragen des Interzonenhandels, zu dem der „Ausschuß zur Förderung des deutschen Handels“ eingeladen hatte, sprachen sich Diskussionsredner besonders gegen eine Pappkarikatur Bundeskanzler Adenauers aus. Sie steht auf dem Marktplatz in Leipzig.

Nach Ansicht der Sprecher beleidige sie den Regierungschef der Bundesrepublik. „So schafft man keine Voraussetzungen zur Förderung des innerdeutschen Handels“, sagte ein Kaufmann aus Worms. Er bemängelte ferner, daß gegen die Bundesregierung gerichtete Propagandaschriften in Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer der DDR enthalten seien. Ein Kaufmann aus Frankfurt am Main bat unter Beifall der zahlreich erschienenen Kaufleute aus West und Ost die anwesenden Vertreter des Ministeriums für

Außenhandel und innerdeutschen Handel, auf die zuständigen Stellen der DDR hinzuwirken, um derartige Propaganda auf der Messe einzustellen.

Die Hauptabteilungsleiterin im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Frau Seemann, erklärte zu den Klagen der westlichen Kaufleute, man sollte Karikaturen dieser Art nicht zu tragisch nehmen. Ihre Aufstellung auf Plätzen in der Messestadt wäre kein Anlaß, die Handelsbeziehungen trüben zu lassen.

Frau Seemann sprach der Bundes-Treuhandstelle für Interzonenhandel das Recht ab, andere als Interzonenhandelsfragen mit den Vertretern des Ministeriums zu besprechen. Sie nannte Fragen des Verkehrs wesens, des Versicherungswesens, die Regelung von Finanzproblemen und Fragen des Gesundheits- und Sozialwesens, die nach ihrer Ansicht zu Unrecht von der Treuhandstelle angeschnitten werden.

Vatikan wird nicht antworten

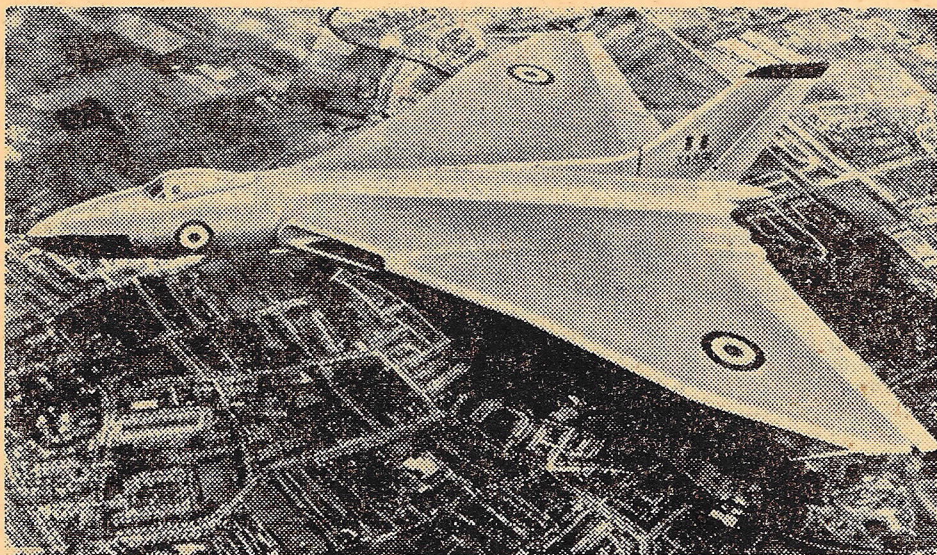
„Ausgesprochene Beleidigung“ — Keine Kontakte

Vatikanstadt (DPA). Der Vatikan wird die beiden Memoranden, die der sowjetische Geschäftsträger in Rom, Poschidajew, dem Apostolischen Nuntius, Monsignore Pietta, überreichte, nicht beantworten. Damit solle zum Ausdruck gebracht werden, daß der Vatikan derartige Kontaktversuche des Kremls nicht wünsche und nicht zu fördern gedanke.

Poschidajew hatte Monsignore Pietta wiederholt um eine Unterredung ersucht und, als sie zustande kam, unvermittelt gebeten, zwei Dokumente überreichen zu dürfen: das Memorandum des Obersten Sowjets zur Abrüstungsfrage und ein Dokument zur Suezkanal-Krise.

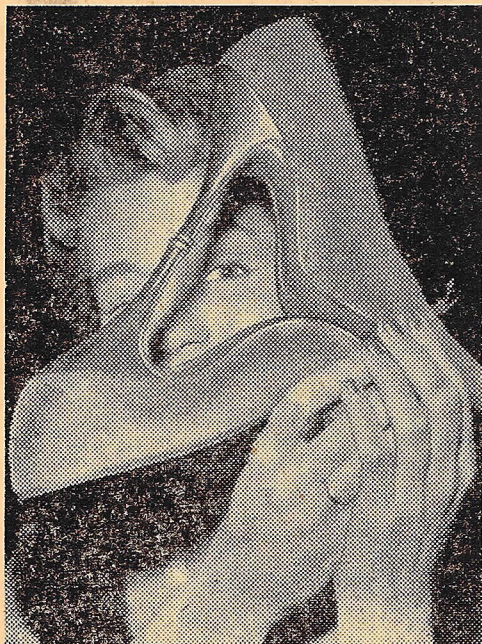
Radio Moskau hatte diesen Vorgang als einen ersten „offiziellen Kontakt“ zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan bezeichnet.

Zwar hat man es im Vatikan mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß der Moskauer Sender die Friedenstätigkeit Papst Pius XII. anerkannte. Daß jedoch die sowjetischen Dokumente an den „Vatikanstaat“ und nicht an den Heiligen Stuhl adressiert waren und daß der Vatikan mit San Marino (wo die Memoranden ebenfalls überreicht wurden) auf die gleiche Stufe gestellt wurde, ist im Vatikan als „ausgesprochene Beleidigung“ empfunden worden.



DAS REVOLUTIONÄRSTE FLUGZEUG ist auf der Luftfahrtausstellung in Farnborough (England) zu sehen. Es ist ein Hawker-Vulcan-Deltaflügel-Bomber, der jetzt von der RAF in Dienst gestellt wurde.

ALLEN GRUND ZUR FREUDE hat Maria Schell (unten), denn sie wurde bei den Filmfestspielen in Venedig für ihre Rolle in dem Film „Gervaise“ als beste Schauspielerin mit dem Volpi-Pokal ausgezeichnet.



DER ITALIENISCHE STIL triumphiert auch in der deutschen Schuhmode der Herbst- und Wintersaison 1956/57. Federleichte Ausführung, elegante Linienführung und biegsame Schuhböden sind die charakteristischen Merkmale des modischen Schuhs.



So sind sie wirklich:

„So recht ein nationaler Demokrat...“

Ein etwas naiver Franzose schrieb vor einiger Zeit in einer Monatsschrift, er habe nach einem längeren Besuch der Sowjetzone die Überzeugung gewonnen, daß dort eigentlich nicht nur die Kommunisten tonangebend seien. So habe er zahlreiche Vertreter auch anderer Parteien gesprochen, deren absolut bürgerliche und unkommunistische Haltung ihm aufgefallen sei. Besonders angenehm war ihm ein Besuch beim Stellvertretenden Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Erinnerung, der auf ihn geradezu einen antikommunistischen Eindruck machte: Jonny Loehr...

Der Herr Zweite Präsident wird sich gewiß gefreut haben über dieses Lob aus westlichem Munde. Den „Antikommunisten“ wird ihm niemand verargen. Denn dieser Jonny Loehr soll als ein bürgerlicher Mann erscheinen. Als Mitglied der NDPD ist er bereits seit 1951 Angehöriger des Hauptausschusses seiner Partei und es gibt nicht wenig Stimmen, die ihm eine schöne Parteikarriere prophezeien. Im Ostberliner Karl-Liebknecht-Haus meinen sie nämlich, dieser Loehr wäre so der rechte Mann als Interessenvertreter eines ostdeutschen Mittelstandes. Und auf jeder Leipziger Messe, wo der Herr Präsident sich zeigt, bemüht man sich, diesen Nimbus um ihn zu verbreiten. Vielleicht aber kann uns seine Biographie besseren Aufschluß geben.

Radek nannte ihn „Blindschleiche“

Jonny Loehr wurde im letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts in Hamburg als Sohn eines Werftarbeiters geboren. Er lernte Schiffsschlosser und trat mit 14 Jahren der Sozialistischen Arbeiterjugend bei. 1922 ging er zur KPD, die ihm das Studium auf einer Leipziger Ingenieursschule ermöglichte. Als Jungingenieur siedelte er Mitte der zwanziger Jahre in die Sowjetunion über, wo man seine konspirativen Fähigkeiten höher als die technischen Fer-

JONNY LOEHR

tigkeiten einzuschätzen wußte. An der Moskauer Lenin-Schule wurde er für den sowjetischen Nachrichtendienst ausgebildet und schnitt in einem Spezialkursus als Jahresbester ab. Radek, der große Konspirateur zwischen Moskau und Berlin, pflegte ihn als „Blindschleiche“ zu titulieren: Aalglatt, und nie die Giftzähne zeigend...

Loehr hatte Pech. Sein erster Auftrag, eine Kurierfahrt nach Rumänien, lieferte ihn durch Verrat der Bukarester Polizeibehörde aus und er verbrachte insgesamt zehn Jahre in rumänischen Gefängnissen. 1940 wurde er an die Sowjets ausgeliefert.

Hintermann des „Nationalkomitees“

Die Komintern hatte sofort eine neue Verwendung für ihn. Als Hintermann des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ blickte er 1943 bereits wieder auf eine zweijährige, völlig andersartige Schulung zurück: Aus dem Geheimkurier des militärischen Nachrichtendienstes der Sowjetunion wurde ein „glühender deutscher Patriot“, dessen Aufgabe die Gewinnung deutscher Offiziere für die Sache des Kommunismus war.

1945 kehrte Loehr nach Deutschland zurück, um als mecklenburgischer KPD-Funktionär am Aufbau der „volkseigenen“ Industrie mitzuwirken. 1947 wurde er inzwischen zum Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Mecklenburg bestallt. SED-Funktionär Präsident der Industrie- und Handelskammer des Landes Mecklenburg. Bis dahin — ein schnurgerader berufsrevolutionärer Lebenslauf!

Dann aber kam die Gründung der „NDPD“. Loehr ging mit „Parteiauftrag“ hinüber und wurde Nationaldemokrat. Er traf viele alte Bekannte aus den russischen Umerziehungslagern wieder. Alte Nationalsozialisten,

Generale und Karrieristen. Er wurde Erster Vorsitzender der mecklenburgischen NDPD.

Diplomat und Politiker

Loehr wurde Chef der ersten diplomatischen Mission Pankows in Bukarest, im April 1950. Knapp ein Jahr war er dort und bereitete das Terrain für seine Nachfolger — auf nicht ganz unbekanntem Boden. Dann wurde er Direktor der DIA-Transportmaschinen, mit einigen Rüstungsaufgaben im Hintergrund. Kurz vor Weihnachten 1953 schließlich erfolgte seine Nominierung als Zweiter Präsident der Industrie- und Handelskammer, ein schöner Rahmen für eine konspirative Seele.

Aber ganz allmählich gerät Loehr wieder in das Hauptfahrwasser der Politik. Er vertritt Ostberlin in der „Volkskammer“, hat im NDPD-Hauptausschuß ein gewichtiges Wort mitzureden und seine Parteifreunde sagen seinen Angriff auf den Sessel des Parteivorsitzenden voraus. Denn Loehr hat viele Chancen, um Lothar Bolz abzulösen. Seit Vincenz Müller politisch abgefallen ist und die Militärs im Hauptvorstand eine kleinere Rolle spielen, schiebt sich die Gruppe derer wieder vor, die bei Parteigründung nur das Mitgliedsbuch der SED abgegeben haben. Das heißt, daß zeitweise wieder einmal das alte NSDAP-Buch im Kurs gesunken ist. Aber diese Machtkämpfe gehören in keine Biographie. Jonny Loehr jedoch scheint genügend als „Nationaler Demokrat“ ausgewiesen...

Adenauer wieder in Bonn

Bonn (DPA). Nach einem sechswöchigen Urlaub auf der Bühlerhöhe im Schwarzwald ist Bundeskanzler Dr. Adenauer wieder in Rhöndorf eingetroffen. Der Kanzler, der sich, wie von seiner Umgebung versichert wird, gut erholte, hat am Montag seine Regierungsgeschäfte in Bonn wieder aufgenommen.

Agentenring in Berlin gesprengt

Falsche Personalausweise für den SSD — Zehn Festnahmen

Berlin (Eigenbericht). Nach monatelangen Ermittlungen ist es der Abteilung I der Kriminalpolizei gelungen, einen Agentenring zu sprengen, der im Auftrag des kommunistischen SSD in einer Druckerei am Planufer (Kreuzberg) jahrelang Westberliner Personalausweise, Ausweise der Bundesrepublik sowie Führerscheine herstellte. Die gefälschten Papiere wurden von einem Mittelsmann an den Leiter eines Schwarzhandelsringes in Ostberlin, Henry Liebermann, der zugleich enger Mitarbeiter des SSD ist, weitergeleitet.

Bisher nahm die Polizei zehn Mitglieder des Agentenringes fest, darunter den 53jährigen Buchdrucker Johannes Nay, den 39jährigen Gebrauchsgrafiker Hans Obricht sowie den Mittelsmann, der die Verbindungen zum SSD aufrechterhielt.

Wie Johannes Nay bei der Vernehmung im Polizeipräsidium zugab, hatte er bereits 1952 vom SSD den Auftrag zum Druck der Papiere erhalten und dann zusammen mit Obricht nach Feierabend in seiner ehemaligen Druckerei die Ausweise hergestellt. Für jeden von ihnen ausgelieferten Personalausweis erhielten sie 130 DM (West).

Die Fälschungen sind nach Mitteilungen der Polizei so gut, daß es nur durch einen Zufall gelang, den Verbrechern auf die Spur zu kommen. Als im Juni vergangenen Jahres zwei SSD-Agenten in Westdeutschland verhaftet wurden, fand man bei ihnen gefälschte Westberliner Ausweise. Man erkannte die Fälschungen nur daran, daß der Polizeistempel die Nummer des Westberliner Polizeireviers „115“ trug. Dieses Polizeirevier existiert gar nicht. Bisher ist es der Polizei nicht gelungen, weitere gefälschte Ausweise sicherzustellen.

Er war ein Schwindler

Kurt Ebert — nicht der Sohn des Oberbürgermeisters

Berlin (AP/DPA). Wie das Berliner Bundeshaus mitteilte, ist der Sowjetzonen-Flüchtling Kurt Ebert, der sich als Sohn des Ostberliner Oberbürgermeisters ausgegeben hatte, als politischer Flüchtling anerkannt worden. Diese Entscheidung sei ohne Rücksicht darauf getroffen worden, ob er mit dem Oberbürgermeister Ebert verwandt sei oder nicht.

Als „Hochstapeler“ bezeichnete der Enkel des früheren

Nach eigenen Angaben hatten die Agenten die Klischees selbst hergestellt und auch die für die Ausweise notwendige Schreibleinwand beschafft. Insgesamt stellten die Täter 1000 Westberliner Ausweise, 200 Führerscheine und 200 Bundesausweise her. Als Nay Ende 1954 seine Druckerei aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgeben mußte, wurden die Arbeiten eingestellt.

Weiterhin wurden in der Wohnung von Nay gefälschte Dienstiegel von deutschen, italienischen, skandinavischen, österreichischen und Schweizer Behörden gefunden. Die Ätzungen für die Siegel hatte Nay bei einer ihm bekannten Firma anfertigen lassen.

Bei ihren Ermittlungen gegen die Ausweisfälscher stieß die Polizei außerdem auf einen umfangreichen Schmuggel mit unverzolltem Spirit, den die Agenten aus Ostberlin nach Hamburg betrieben. Außerdem hatten die Ausweisfälscher versucht, kürzlich einen Moabitler Gastwirt zu entführen, der von dem Treiben der Agenten erfahren hatte. Das Verbrechen konnte jedoch verhindert werden. Die Ermittlungen dauern an.

Reichspräsidenten Ebert, der Bremer Redakteur Heinrich Jäncke, die Behauptung des Kurt Ebert, daß er der Sohn des Ostberliner Oberbürgermeisters und damit ein Enkel des früheren Reichspräsidenten sei. Er betonte, Friedrich Ebert habe lediglich zwei Kinder, und zwar den 29jährigen Friedrich Ebert jun. und den 25jährigen Georg Ebert. (Siehe nebenstehenden Kommentar.)

Gelöste Spannung

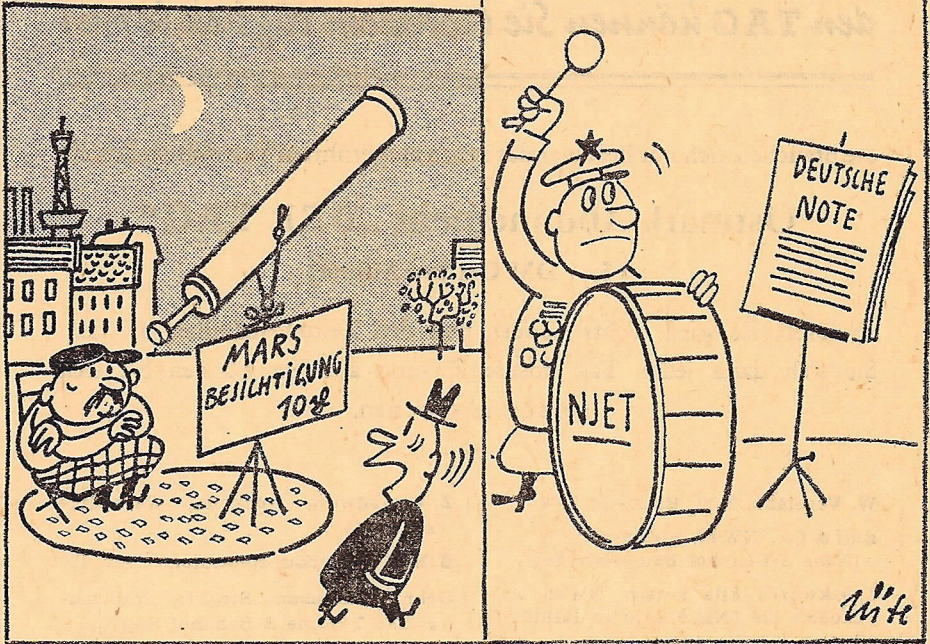
Es begab sich in diesen Tagen, daß ein Mann namens Kurt Ebert, frisch aus dem volksdemokratischen Zuchthaus entlassen, nach Westberlin kam und behauptete, er sei der Sohn des Ostberliner Oberbürgermeisters, des Genossen Ebert. Das hat die Westberliner Presse am Mittwoch berichtet.

Am gleichen Tage wurde dann aus Ostberlin festgestellt, daß es sich nicht um einen Sohn des Genossen Ebert, sondern um einen anderen Ebert handele, der ein Schwindler sei. Auch das wurde von der Westberliner Presse berichtet.

So weit ist das — natürlich bis auf den Schwindler Ebert — alles in Ordnung. Dennoch tobt man drüben, und das „Neue Deutschland“ ist sogar darauf gespannt, „wie sich die Westberliner Presse aus der Affäre ziehen wird“. Nichts ist leichter als das. In einem „Staat“, der seinen Außenminister Dertinger und seinen Minister für Handel und Versorgung Hamann seit Jahren im Zuchthaus hält, der andere Prominente im Zuchthaus unkommen ließ, der einen Sohn des früheren Vorsitzenden der früheren KPD Reimann schließlich aus dem Zuchthaus entließ und den führenden westdeutschen Kommunisten und Bundestagsabgeordneten Müller dazu, der vorher in die Zone gelockt oder verschleppt worden war, — in einem solchen „Staat“ ist es doch wirklich keine Überraschung, wenn ein aus dem Zuchthaus Entlassener namens Ebert nach Westberlin flüchtet und erklärt, er sei der Sohn des Genossen Ebert. Daß er es sein könnte, das ist drüben doch beinahe normal, es ist ein üblicher Fall, den wir nicht einmal durch Rückfrage nachprüfen können, weil der gleiche „Staat“ alle Telefonkabel nach Westberlin zerschnitten hat.

Das ist also keine Affäre der Westberliner Presse, die korrekt berichtet und berichtigt hat, sondern allenfalls eine Blamage der Pankower Republik, der man auf Grund reicher Erfahrungen leider alles zutrauen muß. Wir hoffen, mit diesen Hinweisen die neugierige Spannung des „Neuen Deutschland“ in angemessener Weise gelöst zu haben.

Der Mars kommt näher



„Wenn de Venus näher kommen würde
könntest jlatz 'ne Mark nehmen!“

„Variationen“ über ein Thema

Die Stunde der Opposition

(Fortsetzung von Seite 2)

dann noch teurer bezahlen muß. Das Fehlen eines neuen deutschen Vorschlages in der Bonner Note ist also kein Mangel, der gerügt werden sollte, sondern eine Notwendigkeit, die sich aus dem heutigen Stadium der Deutschlandfrage zwangsläufig ergibt.

Gemeinsame Politik

Wer das alles unberührt von politischer Leidenschaft bedenkt, der wird uns zustimmen, wenn wir mit erstem Nachdruck feststellen, daß nun auch die Stunde der Opposition gekommen ist. Wir meinen das in dem Sinn, daß sie vor der Frage steht, ob sie auf der Grundlage der deutschen Note und der in ihr an-

geregten deutsch-sowjetischen Gespräche die eigenen Anstrengungen mit denen der Regierung zu einer möglichst gemeinsamen Politik der Wiedervereinigung verbindet, oder ob die Spaltung dieser Politik bestehenbleiben soll.

Wir richten diesen Appell mit gleicher Dringlichkeit auch an die Bundesregierung und fordern von ihr, daß sie im natürlichen Spannungsverhältnis zur Opposition nichts unterläßt, was den gemeinsamen Weg ermöglichen könnte. Wir stellen eine Pflicht beider fest und sind gewiß, daß das eine Forderung ist, die über alle Parteien hinweg von der großen Mehrheit unseres Volkes und am meisten von den Deutschen der Zone erhoben wird.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Druck: W. Buxenstein, Grubh. Manfred-von-Richtofen-Str., 2.

Wenn Sie im Osten wohnen, den TAG können Sie trotzdem täglich lesen!

Sie brauchen sich nur bei einer der unten aufgeführten Vertriebsstellen ein

Ostmark-Abonnement „DER TAG“

(5.— DM Ost pro Monat)

zu lösen. Es wird nichts notiert, und den Zeitungshändler, bei dem Sie sich dann jeden Tag unsere Zeitung abholen, können Sie sich selber aussuchen.

W. Vegelahn, N 20, Böttgerstr. 7—9

Rulf & Co., NW 87, Siemensstr. 7
(Nähe S-Bahnhof Beusselstraße)

Tabakwaren Ella Porsch, NW 40, Alt-Moabit 139 (Nähe Lehrter Bahnhof)

Popehl & Hirsche, NW 21, Alt Moabit 107

Z. Z. J. Holtz, SW 68, Charlottenstr. 96
(neben dem Arbeitsamt)

Erfurth, SW 61, Kreuzbergstr. 78

Z.V. Südwest, SW 61, Urbanstr. 133

Lehmann, W 30, Goltzstr. 32

J. Schwalbe, Charlottenburg, Windscheidstr. 20 (am S-Bhf. Charlbg.)

J. Schwalbe, Charlottenburg, Kantstr. 93
(am Amtsgericht)

Gebr. Petermann, Friedenau, Rönnebergstr. 3

Ehringshausen, Lankwitz, Zeitungsstand (im S-Bahnhof Lankwitz)

E. Casper, Lichtenfelde-West, Gardeschützenweg 84

Z. V. Südwest, Neukölln, Werbellinstraße 45

B. B. Z., Spandau, Neuendorfer Str. 100

Gebr. Petermann, Steglitz, Schützenstraße 7 (Nähe S-Bahnhof Steglitz)

Z. V. Südwest, Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 88

Zank II, Lichtenfelde-Süd, Berliner Ecke Schwelmer Straße

W. Schwemmler jun., Wilmersdorf, Uhlandstr. 130

Neubert & Co., Zehlendorf, Kaiserstraße 1 (Nähe S-Bhf. Zehlendorf)

Altmann, Reinickendorf, Residenzstraße Ecke Emmentaler, Zeitungsstand

Dommasch, N 31, Brunnen- Ecke Demminer Straße Zeitungsstand

Hausdorf, SO 36, Naunynstr. 79, Laden

R. Günther, N 65, Ravenéstr. 4
(am S-Bahnhof Wedding)

DER TAG . VERTRIEB

BERLIN-TEMPELHOF, Manfred-von-Richthofen-Str. 2
